Oswald von Nell-Breuning Institut
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik

Offenbacher Landstr. 224
60599 Frankfurt/Main, Germany
Tel. 0049 (0) 69-6061-0, Fax -559
eMail: nbi@sankt-georgen.de
web: www.sankt-georgen.de/nbi

Friedhelm Hengsbach SJ

Europa wacht auf?

Aachener Nachrichten, 05. Juli 2012

Es war wohl ein schwarzer Freitag, der in der vergangenen Woche über die Deutschen hereinbrach und sie aus den Träumen des europäischen Musterknaben herausriss. Vorher gefielen sich Journalisten und Ökonomen in der Rolle von Oberlehrern, die den Griechen den Austritt aus der Eurozone schmackhaft zu machen suchten. Sie überschütteten andere „Schuldensünder“, die von einer fiktiven Stimme der Finanzmärkte niedergemacht wurden, mit moralischen Appellen, sich zu bekehren. Und sie redeten sich ein, dass die deutsche Wirtschaft den Zerfall des Euro schadlos überstehen könne. Sie faselten von mehr Markt und weniger Staat, von Wettbewerb auf flexiblen Arbeitsmärkten sowie von privater Ersparnis und Vorsorge gegen gesellschaftliche Risiken – wie aus dem neoklassischen Schulbuch.

Aber dann wachte ein Europa auf, das nicht das Europa der Deutschen sein wollte. Die romanischen Europäer entdeckten, dass die deutsche Kanzlerin innenpolitisch zu einem Kompromiss bereit war, den Wunschtraum: des Fiskalpakts durch eine Wachstumsinitiative zu flankieren und die privaten Verursacher der Finanzkrise auch für deren Folgeschäden haften zu lassen. So konnten sie „Madame Non“ zu drei Schritten bewegen, um die Konstruktionsfehler der Währungsunion zu entschärfen.

Der erste Schritt eines europäischen Neustarts besteht in dem Eingeständnis, dass bloße Sparauflagen, Schuldenbremsen und geknebelte öffentliche Haushalte den gesellschaftlichen Riss vertiefen, die reale Wirtschaftsleistung schrumpfen lassen und die demokratischen Überzeugungen verletzen. Folglich sind Finanzmittel mobilisiert worden, um die Risiken einer Rezession und Depression zu bannen. Allerdings ist höchst fragwürdig, ob von einer bloßen Umschichtung von Haushaltsmitteln zusätzliche Beschäftigungsimpulse ausgehen.

Der zweite Schritt besteht in der Erkenntnis, dass die Finanzmärkte, die sich über die hohe Verschuldung europäischer Staaten erregen, vom eigenen Anteil an der miserablen Lage ablenken. Es waren Großbanken im Verbund mit Versicherungskonzernen und Investmentfonds, die mit einer exzessiven Kreditvergabe das schuldenfinanzierte Aufblähen der privaten Geldvermögen befeuert haben. Deshalb war es an der Zeit, das Hase-Igel Spiel zwischen der demokratisch legitimierten Staatsmacht und privater Kapitalmacht zu beenden. Eine europäische Bankenaufsicht für alle Finanzgeschäfte, -institute und -plätze sowie eine Einlagensicherung durch die Banken selbst stellen die Rangordnung wieder her, damit die Kapitalmärkte die Staaten nicht weiter vor sich hertreiben. Einem Schuldner entspricht ein Gläubiger, jeder Verbindlichkeit eine Forderung, der öffentlichen Verschuldung eine private Vermögensbildung. Politiker, die einen Schuldenschnitt vertreten, sollten auch den Mut aufbringen, spiegelbildlich die schuldenfinanziert aufgeblähten Vermögen zu vernichten.

Der dritte, unvermeidliche Schritt eines erwachenden Europas ist durch das umstrittene Ja des deutschen Parlaments zum EMS provoziert worden. Der Bundestag stimmte über einen Vertrag ab, dessen gewichtige Bestandteile bereits überholt sind und gegen dessen Verträglichkeit mit der Verfassung ernsthafte Einwände bestehen. Es sieht so aus, als ob die verengte Perspektive des Grundgesetzes ebenso wenig wie der chaotische Dschungel der Brüsseler Multikratie dazu taugen, die Währungsunion in eine Politische Union einzubetten. Wolfgang Schäuble gibt den Schritten im Nebel wohl eine

demokratische Richtung vor - ein von der Bevölkerung gewähltes Europäisches Parlament, aus dem eine Regierung hervorgeht, die in der Kommission vorgebildet ist, sowie eine Kammer der Nationalstaaten.

Ein solcher politischer Anker macht eine Europäische Zentralbank, die für die Stabilität des Niveaus der Güter- und Vermögenspreise sowie für einen angemessenen Beschäftigungsgrad verantwortlich ist, ebenso funktionsfähig wie einen Europäischen Währungsfonds, der regionale Ungleichgewichte zwischen den Nationalstaaten finanziell ausgleicht. Der politische Anker ruht auf den Grundsätzen gleicher Gerechtigkeit und asymmetrischer Solidarität, welche die stärkeren zugunsten der schwächeren Unionsmitglieder einstehen lässt.

Aachener Nachrichten, 5.7.12, Seite 2